

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 21. Mai 2007, 19.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 19 und 20 vom 10. und 16. Mai 2007 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden überdies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Zurbrügg Christoph
Stimmzähler	Herr Rosser Bruno und Frau Rüfenacht Andrea
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Aeschlimann Martin, Bachmann Véronique, Bär Walter, Baumann Walter, Berger Stefan, Biedermann Peter, Buser Madeleine, Caesar Priska, Dubach Roland, Eberhard Werner, Grimm Christoph, Haller Dieter, Hänzi Therese, Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Jakob Beat-U., Jost Christine, Keller Hansjörg, Kolb Martin, Leibundgut Remo, Mbiti Verena, Mumenthaler Mirjam, Mumenthaler Regina, Muster Adrian, Penner Nadaw, Probst Andrea, Rascher Barbara, Reusser Gabriele, Rutschmann Gabriela, Schnell Vinzenz, Wenger Annelies, Wyss Christoph und Zwahlen Michel
Entschuldigt	Damen Dätwyler Käthy und Schwertfeger Doris, Herren Friedli Daniel und Rauch Wilhelm
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Grimm Markus, Haldimann Franz, Kummer Hugo, Rechner Beatrix, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	Herr Urech Peter
Stadtschreiber	Herr Schenk Roman
Referent	Herr Christoph Miesch, Vorsteher Amt für Gemeinden und Raumordnung AGR
Auskunftspersonen	-
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 26. März 2007	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Demission Willi Rauch als GPK-Sekretär; Wahl eines neuen GPK-Sekretärs	Seite	4
5. Aufhebung der Kommission für öffentliche Sicherheit Kommissionsreglement; Änderung	Seite	5
6. Neue Eissportstätte / Landabtausch Stadt Burgdorf - Burgergemeinde	Seite	5
7. Erweiterung der Schulanlage Pestalozzi; Ausführungskredit	Seite	8
8. Dringliche Motion Christoph Grimm, GFL, betreffend Alcostop an der So-lennität	Seite	12
9. Postulat der Fraktion der Grünen Freien Liste Burgdorf betreffend Anwen-dung des neuen kantonalen Gesetzes über Handel und Gewerbe (HGG)	Seite	14
10. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	15

* * *

V e r h a n d l u n g e n

Information *Umsetzung der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit*

Miesch Christoph, Vorsteher Amt für Gemeinden und Raumordnung

Die Unterlagen zur Information von Herrn Miesch Christoph sind dem Stadtratsprotokoll angehängt.

Appell

Der durch den Stimmenzähler Rosser Bruno durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 36 Mitgliedern des Stadtrates.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Stadratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph gibt bekannt, dass die GPK ein neues Traktandum 4 *Demission Willi Rauch als GPK-Sekretär; Wahl eines neuen GPK-Sekretärs* beantragt. Die korrigierte Traktandenliste wurde dem Stadtrat (SR) bereits verteilt.

Stadtrat Wyss Christoph verlangt, dass gemäss Stadtratsreglement über dieses Zusatztraktandum formhalber abgestimmt wird.

Der Stadtrat stimmt der Änderung der Traktandenliste mit 30 Ja Stimmen zu.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtrats-Sitzung vom 26. März 2007

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll der Stadtrats-Sitzung vom 26. März 2007.

2. Informationen des Stadratspräsidenten

Stadratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung. Im speziellen begrüsst er die neu gewählte Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette sowie den heutigen Referenten Herrn Miesch Christoph, Vorsteher Amt für Gemeinden und Raumordnung.

Der Vorsitzende teilt mit, dass an der nächsten Stadtratssitzung vom 18. Juni 2007 der erste Geschäftsbericht nach NPM behandelt wird. Alle interessierten Mitglieder des SR haben die Möglichkeit, am 7. Juni 2007 von 18.00 – 19.00 Uhr an einer Information zum Geschäftsbericht durch die Leiter der Finanzdirektion und Präsidialdirektion teilzunehmen. Zudem fragt der Vorsitzende den SR, wer den diesjährigen Stadtratsausflug organisieren möchte. Der Termin steht noch nicht fest und wird von den Organisatoren festgelegt. Normalerweise findet der Ausflug im September statt.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Gemeinderätin Rechner Beatrix informiert über den Stand der Projektes Police Bern und deren Umsetzung in der Stadt Burgdorf. An der Sitzung des Gemeinderates (GR) vom 26. März 2007 wurden die erforderlichen Grundsatzentscheide für die Stadt Burgdorf getroffen. Die nötigen Änderungen des kantonalen Polizeigesetzes wurden durch den Souverän am 11. März 2007 klar angenommen. Das bedeutet, dass die Einheitspolizei im Kanton Bern definitiv eingeführt wird. Diese Situation hat bei den betroffenen Mitarbeitenden in der Sicherheits- und Einwohnerdirektion ein Bedürfnis nach Informationen im Hinblick auf ihre berufliche Zukunft verlangt. Gleichzeitig müssen die wichtigsten Entscheid-

grundlagen für die künftige Organisation der Polizeiaufgaben, insbesondere die Aufteilung zwischen Kantons- und Stadtpolizei, gefällt werden. Die betroffenen Mitarbeitenden wurden im Rahmen von Informationsveranstaltungen und persönlichen Gesprächen soweit als möglich auf den kommenden Strukturwechsel vorbereitet. Es handelt sich dabei um die uniformierten sowie administrativen Mitarbeitenden der Sicherheitsdirektion. Die künftige Aufgabenteilung zwischen der Kapo und der Gemeinde unterscheidet drei Kategorien. A-Aufgaben sind anerkannte Polizeiaufgaben, erfordern eine polizeiliche Ausbildung und dürfen nur noch von der Kapo ausgeführt werden. B-Aufgaben sind Aufgaben der Gemeinden und können übernommen oder beim Kanton eingekauft werden. C-Aufgaben müssen zwingend von der Gemeinde angeboten werden. Für die künftige Aufteilung zwischen Kanton und Gemeinde ist eine detaillierte und zeitliche Erfassung aller Tätigkeiten organisiert worden. Alle 17 Mitarbeitenden erfassen und registrieren während einem Jahr alle Aufgaben gemäss den Projektbezeichnenden Tätigkeiten. Es handelt sich dabei um rund 130 Positionen. Aufgrund der geführten Gespräche und den erarbeiteten Entscheidungsgrundlagen hat der GR nachfolgende Grundsatzbeschlüsse gefasst:

1. Aufgrund des Projekts POLICE BERN werden in der Stadt Burgdorf keine Entlassungen vorgenommen, soweit die betroffenen Mitarbeitenden bereit sind, zumutbare Stellen in der Stadt bzw. in der Kantonspolizei zu übernehmen.
2. Die Stadt besorgt ab dem 1. Januar 2010 weiterhin die B-Aufgaben gemäss der künftigen Aufgabenerfüllung, solange das bisherige Personal diese bewältigen kann.
3. Die C-Aufgaben verbleiben obligatorischerweise bei der Stadt.
4. Der Gemeinderat lädt die Firma PuMaConsult zur Offertstellung ein betreffend Überprüfung der Produktegruppen- und Produktstruktur, der Organisationsstruktur sowie der langfristigen Erfüllung von B-Aufgaben durch die Stadtverwaltung.

4. Demission Willi Rauch als GPK-Sekretär; Wahl eines neuen GPK-Sekretärs

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, teilt mit, dass Herr Rauch Willi seit etlichen Jahren der gut bewährte Sekretär der GPK ist. Im Sommer 2007 wird sich Herr Rauch Willi beruflich verändern. Er gibt seine Kanzlei und Selbstständigkeit auf und übernimmt die Leitung des Rechtsdienstes der Eidgenössischen Turn- und Sportschule in Magglingen. Aus diesem Grund und aus zeitlichen Gründen ist es ihm nicht mehr möglich, das Mandat des GPK-Sekretärs weiterzuführen. Herr Rauch Willi hat per 30. Juni 2007 gekündigt. Die GPK dankt ihm an dieser Stelle für seine geleistete Arbeit. Die GPK braucht deshalb einen neuen Sekretär. Der GR hat der GPK in seinem Schreiben vom 26. April 2007 angeboten, die Vorbereitungen zur Mandatsvergabe selber bestimmen zu können. Gleichzeitig hat der GR darauf hingewiesen, dass das Mandat des GPK-Sekretärs nicht zwingend eine juristische Ausbildung oder akademische Qualifikation erfordert. Als Standortbestimmung hat sich die GPK intensiv mit dem Anforderungsprofil des GPK-Sekretärs auseinandergesetzt. Damit die GPK alle ihre reglementarisch auferlegten Aufgaben, inklusive die Kontrollfunktion, erfüllen und wahrnehmen kann, muss die GPK im Idealfall mindestens so bestückt sein, wie die Exekutive. Man kann nicht davon ausgehen, dass in der GPK regelmässig Juristen als Stadtratsmitglied mitarbeiten. Wenn die GPK keinen Juristen in der Funktion des GPK-Sekretärs hat, dann müssten etliche Auskünfte von externen Spezialisten eingeholt werden. Dies führt einerseits zu Mehrkosten und andererseits zu zeitlichen Verzögerungen der Geschäfte. Die GPK ist mit der vom GR angebotene Selbstbestimmung auf die Suche nach einem qualifizierten GPK-Sekretär gegangen. Schneller als erwartet, ist die GPK in der Person von Herr Kettiger Daniel fündig geworden. Seine berufliche Entwicklung zeigt, dass er nach Ansicht der GPK die best qualifizierte Person für das Mandat des GPK-Sekretärs ist. Er ist Wunschkandidat von allen Mitgliedern der GPK. Die Fraktionspräsidenten wurden vor der Fraktionssitzung darüber informiert. Der Artikel 39a des Reglements über die Organisation und das Verfahren des Stadtrates regelt das Sekretariat der GPK. Der SR ist zuständig für die Ernennung des GPK-Sekretärs. Die GPK verlangt vom SR, dass dieser in diesem Zusammenhang zu einem zweiten Punkt Stellung bezieht. Seitens des GR wurde der GPK angeboten, die Entlohnung des GPK-Sekretärs über ein budgetiertes Kostendach oder im Rahmen einer 10% Anstellung zu regeln. Die GPK ist aber der Ansicht, dass der Sekretär der GPK weiter als Mandatsverhältnis geführt werden sollte und zwar zum gleichen Stundenlohn wie der Sekretär des Mietamtes. Die heutige Traktandenliste war leider schon verschickt worden bevor sich die GPK entschieden hat. Damit die GPK Ende Juni nicht ohne Sekretär dasteht, wollte die GPK mit der Ersatzwahl nicht zuwarten.

GPK-Antrag

1. Wahl von Herr Kettiger Daniel als neuer GPK-Sekretär ab 1. Juli 2007.
2. Anstellung des GPK-Sekretärs erfolgt wie bisher im Mandatsverhältnis, aber zum gleichen Stundenlohn wie der Sekretär des Mietamtes.

Der Stadtrat wählt mit 28 Ja und 4 Nein Stimmen bei 4 Enthaltungen Herr Kettiger Daniel als GPK-Sekretär per 1. Juli 2007 sowie die Anstellung im Mandatsverhältnis und zum gleichen Stundenlohn wie der Sekretär des Mietamtes.

**5. Aufhebung der Kommission für öffentliche Sicherheit
Kommissionsreglement; Änderung**

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Rechner Beatrix verweist auf ihre Ausführungen zur Interpellation an der letzten Stadtratssitzung.

GR-Anträge

1. Die Kommission für öffentliche Sicherheit wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.
2. Der zweite Abschnitt des Kommissionsreglements vom 17. Juni 2002 mit den Artikeln 21 und 22 wird aufgehoben.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Aufhebung der Kommission für öffentliche Sicherheit und die entsprechende Änderung des Kommissionsreglements.

6. Neue Eissportstätte / Landabtausch Stadt Burgdorf - Burgergemeinde

Stadtrat Baumann Walter, namens der GPK, informiert, dass der Titel im Prinzip nicht ganz richtig ist, denn es geht um den Landabtausch und nicht die Eissportstätte. Die Diskussion um die Eissportstätte wird zu einem späteren Zeitpunkt noch geführt. Die GPK hat sich erlaubt zusätzlich zu den Auskunftspersonen der Stadt Burgdorf, Herren Schenk Roman und Steiner Ueli, noch Herr von Ballmoos Jörg, Präsident der Burgergemeinde, einzuladen. Die GPK ist einstimmig zum Schluss gekommen, dass es sich für alle Beteiligten um eine Win-Win-Situation handelt. Die Stadt Burgdorf erhält Land und auf diesem besteht die Möglichkeit vom Bau einer Eissportstätte. Die Burgergemeinde erhält im Gegenzug ebenfalls Land, welches ihrer zukünftigen Strategie besser entspricht. Die GPK hat sich gefragt, wie gut der Standort für die Stadt Burgdorf geeignet ist. Die Zufahrt könnte allenfalls ein Problem darstellen, wobei die Stadt Burgdorf eine alte Anlage ersetzen will und sich dadurch der Verkehr nicht allzu gross generieren wird. Es besteht also nicht weniger oder mehr Verkehr. Eine Erschliessung wäre aber notwendig. Der Landabtausch erfolgt zu den Grundbedingungen der Burgergemeinde gemäss deren Landpreise. Dies scheint fair zu sein. In der Vorlage ist ersichtlich, dass die Burgergemeinde eigentlich noch Fr. 40.-- von der Stadt Burgdorf zugute hätte. Der Burgergemeinde wird für dieses grosszügige Geschenk gedankt. Die GPK hat sich ebenfalls zu den unklaren Aussagen über die Kostenbeteiligung beim Planungswettbewerb Gedanken gemacht. Sowohl die Burgergemeinde, als auch die Stadt Burgdorf haben erklärt, dass es darum geht, im Rahmen von Eigenleistungen der Stadt Burgdorf die Burgergemeinde in Sachen Wettbewerb zu unterstützen. Deshalb erscheint es als sinnvolles Vorgehen. Im weiteren hat sich die GPK über die Firma Lötscher unterhalten, welche das Land als Holzlager benutzt. Die Firma Lötscher hat vergessen, ihren Mietvertrag zu verlängern. Die Firma Lötscher wurde jederzeit über den Stand der Verhandlungen informiert. Man ist bemüht der Firma Lötscher Ersatzland anzubieten, welches aber etwas Mehraufwand in der Infrastruktur bedeutet. Für die Firma Lötscher konnte also eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden. Die Firma Lötscher konnte bis anhin das Land laut Aussagen der Burgergemeinde unter dem Baurechtspreis nutzen. Aufgrund der detaillierten Vorlage sowie den Aussagen der Auskunftspersonen beantragt die GPK dem SR einstimmig, den Landabtausch in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Stadtpräsident Dr. Haldimann Franz informiert, dass dieses Geschäft zustande gekommen ist, weil eine Eissportstätte geplant werden muss. Es geht beim heutigen Geschäft noch nicht um die Eissportstätte, aber dieses ist zustande gekommen, weil die Stadt Burgdorf Land gesucht hat für die Eissport-

stätte. Der Burgergemeinde wird für das einvernehmliche Verhandeln und die gute Zusammenarbeit gedankt. Es ist in der heutigen Zeit nicht selbstverständlich, dass gut und fair verhandelt werden konnte. Die Eissportstätte ist ein wichtiger Bestandteil von Burgdorfs Infrastruktur und trägt wesentlich zur Attraktivität von Burgdorf bei. Es geht nicht nur um den Eishockeyclub, sondern auch um das Eissportlaufen. Die heutige Anlage ist bekanntlich in einem maroden Zustand. Die Sanierung ist aus Sicherheitsgründen sehr dringend. Sobald ein definitives Projekt vorliegt, muss mit dem Kanton das Gespräch geführt werden bezüglich Zeitaufschub der alten Anlage. Der Wettbewerb wird mit den vier Endteilnehmern gestartet. Es muss ein Projekt vorliegen, um mit den umliegenden Gemeinden Gespräche zur Mitfinanzierung zu führen. Bei der Standortfrage der neuen Eissportstätte sind primär die politischen Behörden gefordert, gilt es doch, die neue Anlage zentral gelegen, nicht in unmittelbarer Nähe von Wohnbauten und an verkehrstechnisch geeigneter Lage zu bauen. Der nun vorgesehene Standort auf dem Holzlagerplatz der Firma Lötscher erfüllt diese Anforderungen am ehesten. Zudem entfallen die umfangreichen Umgestaltungen bestehender Sportanlagen. Mit der vorgesehenen Umzonung des heutigen KEB Areal in eine Wohnzone entsteht am alten Standort mittel- bis längerfristig neuer Wohnraum, was sich wiederum positiv auf unser Steuersubstrat auswirkt. Die Idee, die Eissportstätte auf dem Lagerplatz der Firma Lötscher zu realisieren, entstand eher zufällig und dank glücklicher Umstände. Mit der Idee alleine war es jedoch nicht getan. Innert Kürze konnte in partnerschaftlichen Verhandlungen zwischen der Stadt und der Burgergemeinde ein wertgleicher Landabtausch ausgehandelt werde. Die Vorteile dieses Landabtausches und des neuen Standortes für die Eissportstätte aus Sicht der Stadt sind: Die Anlage ist zonenkonform. Verkehr und Betrieb belasten keine Wohngebiete. Einsprache- und Beschwerderisiken sind kleiner als am ursprünglichen Standort. Somit ist eine zeitliche Realisierung eher möglich. Sollte wider Erwarten eine Realisierung der Eissportstätte am vorgesehenen Standort scheitern, entsteht für die Stadt kein finanzieller Nachteil. Das Land würde vorerst als Landreserve oder als Abtauschmöglichkeit dienen oder könnte jederzeit auch zum Abtauschpreis veräussert werden. Die heute als Landreserve dienende städtische Parzelle im Einschlag wird mit dem Tausch an die Burgergemeinde der Spekulation entzogen und nach bewährtem Muster der Burgergemeinde überbaut. Nach erfolgter Überbauung resultieren für die Stadt zusätzliche Steuereinnahmen. Nachteilig, das sei an dieser Stelle nicht verschwiegen, ist der Abbiegebereich auf der Kirchbergstrasse. Zudem wird ein Parkeinweisungssystem erforderlich sein. Diesbezüglich sind noch geeignete Lösungen zu finden. Nebst der Win-Win-Situation zwischen der Stadt und der Burgergemeinde in diesem Abtauschgeschäft besteht ein Wermutstropfen. Die Sägerei Lötscher verliert den angrenzenden Holzlagerplatz. Unabhängig von der Frage der neuen Eissportstätte hätte sich zwischen der Burgergemeinde und der Firma Lötscher jedoch demnächst ohnehin eine Änderung aufgedrängt, weil die Burgergemeinde nicht mehr bereit ist, der Firma Lötscher den bisherigen, den lokalen Marktbedingungen nicht mehr entsprechenden Mietzins, weiter zu gewähren. Die Stadt hat jedoch bezüglich Existenzsicherung der Firma Lötscher nicht tatenlos zugeschaut, sondern offeriert ihr die heute landwirtschaftlich genutzten Parzellen 3521/3522 in der Buechmatt. Allerdings muss das Areal vorerst noch umgezont werden, was gemäss Voranfrage beim Amt für Gemeinden und Raumordnung grundsätzlich möglich ist. Die Stadt offeriert der Firma Lötscher dieses Land zum gleichen Preis wie am alten Standort, nämlich zu Fr. 2.50/m². Dies ergibt kapitalisiert mit 5% einen Landwert von Fr. 50.--/m². Üblich in der Buechmatt sind Fr. 130.-- bis Fr. 200.--. Mit diesem Preis wird der Lage der Parzellen, der Beeinträchtigung der Bewirtschaftung durch die Hochspannungsleitungen sowie der räumlichen Distanz zum Sägewerk Rechnung getragen. Mit der Zustimmung zu diesem Geschäft setzt der SR einen wichtigen Meilenstein für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Das Sicherheitsrisiko der alten KEB wird eliminiert, die neue Anlage trägt zur Attraktivität unserer Stadt bei, der neue Standort ist für die Wohnbevölkerung vorteilhaft, mit dem Tausch wird die Grundlage für neue Wohnbauten geschaffen und der Firma Lötscher wird der Weiterbetrieb, wenn auch erschwert, ermöglicht. Der SR wird gebeten, dem Geschäft in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass man sich zum Landabtausch mit der Burgergemeinde und dessen Folgen für die Firma Lötscher Gedanken gemacht hat. Die SP-Fraktion steht hinter der Vorlage und unterstützt die Anträge des GR. Dies auch, weil der GR eine akzeptable Übergangslösung sowie einen Alternativstandort für ein Holzlager der Firma Lötscher gewährt. Der Landabtausch wird befürwortet, weil dieser die letzte Option für den möglichen Bau einer späteren Eissportstätte ist. Ohne diesen Landabtausch kann die Planung einer Eissportstätte abgebrochen und die bestehende Anlage entsprechend den Vorgaben des Kantons geschlossen werden. Ob und in welcher Form die Eissportstätte realisiert werden soll, werden wir im SR zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren müssen. Mit dem Landabtausch erhält die Stadt nach Meinung der SP-Fraktion in jedem Fall besser nutzbares Land. Sei es für eine Eissportstätte oder allenfalls für die Akquisition von neuen Betrieben durch das Stadtmarketing. Somit macht der Landabtausch auch aus strategischer Sicht Sinn. Deshalb sagt die SP-Fraktion wie die Burgergemeinde klar ja zu diesem Geschäft.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man sich ebenfalls mit der Vorlage befasst hat. Die Vorlage hat eigentlich einen guten Eindruck gemacht und die Verfasser sprechen von einem Glücksfall für die Stadt Burgdorf. Die EVP-Fraktion anerkennt, dass der Landabtausch die aktuelle Sportstätteplanung von der betrieblichen erschliessungs- und zonentechnischen Fesseln befreit. Die EVP-Fraktion unterstützt die Absicht des GR, die Realisierung der Eissportstätte einen Schritt weiter zu bringen. Die Vorteile der Arrondierung des burgerlichen Landbesitzes am Einschlag ist ersichtlich und wird unterstützt. Die Planung einer Wohnüberbauung in diesem Gebiet ist dadurch vereinfacht. Die Burgergemeinde ist in der Vergangenheit immer wieder aufgefallen als verantwortungsbewusste Landbesitzerin, gerade auch in städtebaulicher Hinsicht. Auf den zweiten Blick der Vorlage sind aber auch Bedenken aufgetaucht. Muss dieser Glücksfall tatsächlich mit Arbeitsplätzen bezahlt werden? Die EVP-Fraktion wehrt sich für den allzu leichten Umgang mit der alt eingesessenen Unternehmung. Der Stadt Burgdorf darf es nicht gleichgültig sein. Der Ersatzstandort der städtischen Parzelle weist nur die Hälfte der jetzigen Fläche auf und zudem wird diese noch durch Hochspannungsleitungen gekreuzt. Im weiteren ist die Lagernutzung nur bis auf eine Höhe von sechs Metern als wie bis anhin zehn Metern möglich. Es handelt sich dabei nicht um eine ernsthafte Alternative. Ein weiterer Kritikpunkt sind die Kosten zum geplanten Bauvorhaben. Die EVP-Fraktion kritisiert, dass die Kosten in der Vorlage unter „Wo steht der Projektierungsprozess der neuen Eissportstätte?“ kaum erwähnt werden. Es wäre interessant, mit welchen Kosten der GR rechnet. Im Finanzplan 2008 – 2010 sind 4 Mio. Franken budgetiert. Der SR sollte über die geplanten Kosten der Eissportstätte informiert werden. Die EVP-Fraktion ist deshalb nur teilweise mit der Vorlage befriedigt, aber im Hinblick auf einen neuen Input der Eissportstätte wird dem Geschäft zugestimmt.

Stadtrat Grimm Christoph, namens der GFL-Fraktion, informiert, dass man mit der Formulierung des GR absolut einverstanden ist. Der Landabtausch macht für beide Parteien Sinn. Die Stadt Burgdorf hat eine Entflechtung der Eissportstätte mit Verkehr- und Lärmaufkommen im Wohngebiet. Die Burgergemeinde kann später ihre Baureserven optimieren. Die Vorteile überwiegen klar. Die GFL-Fraktion ist überzeugt, dass der neue Standort nebst der gesellschaftlichen einen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen wird. Zudem kann am neuen Ort Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Anbindung der KEB beim neuen Standort an den öffentlichen Verkehr sind besser. Bei der Planungsphase soll darauf geachtet werden, dass nicht nur die BLS, sondern auch der Bus optimiert wird. Im weiteren wird begrüsst, dass der neue Standort zonenkonform ist. Die Umsetzung kann tendenziell besser und rascher erfolgen. Man geht davon aus, dass mit weniger Einsparungen gerechnet werden kann. Die GFL-Fraktion möchte sich ebenfalls bei der Burgergemeinde für die Flexibilität sowie Kooperation und die Fr. 40.-- bedanken. Der Landabtausch ist kostenneutral. Das Budget bzw. die Investitionsrechnung wird dadurch nicht belastet. Die GFL-Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Stadtrat Kolb Martin, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Vorlage intensiv diskutiert wurde. Die Vorlage enthält alle wichtigen Angaben. Denen am Landabtausch zugrunde liegende Berechnungen werden als fair betrachtet. Ob die geplante Eissportstätte gebaut werden kann, ist unsicher. Es sind noch diverse Herausforderungen zu lösen, wie zum Beispiel die Finanzierung zur Erstellung und den späteren Betrieb der Anlage. Trotz dieser Unsicherheit ist man der Meinung, dass der Landabtausch zum heutigen Zeitpunkt richtig ist. Sollte die Eissportstätte nicht realisiert werden können, verfügt die Stadt Burgdorf über eine Parzelle in der Industriezone, welche an Firmen für eine Produktionsstätte angeboten werden kann. Die neusten Verhandlungen der Firma Aebi zeigen, wie wichtig es ist, dass strategische Landreserven vorhanden sind. Für die Stadt Burgdorf zeichnet sich für die Parzelle im Einschlag längerfristig keinen Nutzen ab. Wenn die Burgergemeinde mittel- bis längerfristig Wohnbauten plant, ist dies auch im Sinn der Bevölkerungsstrategie der Stadt Burgdorf. Mit den Verhandlungen zwischen der Burgergemeinde und der Firma Lötscher ist die Stadt Burgdorf nicht direkt tangiert. Man hat sich aber bemüht, der Firma Lötscher einen Ersatzstandort anzubieten. Solange die Parzelle in der Buchmatt brach liegt, kann diese der Firma Lötscher weiterhin vermietet werden. Unter Abwägung von Pro und Kontra bittet die FDP-Fraktion den SR einstimmig, dem Geschäft zuzustimmen.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, orientiert, dass die Vorlage zur Kenntnis genommen wurde. Der gemeinderätliche Bericht ist ausführlich begründet und wird einstimmig von der GPK unterstützt. Der Landabtausch im Wert von rund 2.9 Mio. Franken ist ein wichtiger und richtiger Schritt für die neue Eissportstätte. Der Burgergemeinde wird gedankt. Wo Gewinner sind, sind auch meistens Verlierer. Die SVP-Fraktion fordert deshalb den GR sowie die zuständigen Behörden auf, zusammen mit der alteingesessenen Firma Lötscher eine gute und günstige Lösung zu finden. Mit Befremden hat man zur Kenntnis genommen, dass bereits heute die Umzonung der Parzelle vorgenommen werden soll. Gemäss Bericht ist keine Zonenplanänderung erforderlich und die Planung sowie Bau der neuen Eissportstätte benötigen noch einige Zeit. Deshalb ist es unverständlich, dass eine

Umzoning nötig ist. Man muss bedenken, dass die neue Eissportstätte allenfalls gar nicht realisiert werden kann und die Parzelle einer anderen Nutzung zugeführt werden muss. Die SVP-Fraktion kann sich damit nicht einverstanden erklären. Die Anträge des GR werden einstimmig unterstützt.

GR-Anträge

1. Der Stadtrat genehmigt den Vertrag „Parzellierung mit Tauschvertrag“ (Entwurf vom 14.2.07) zwischen der Einwohnergemeinde Burgdorf und der Burgergemeinde betreffend Abtausch von Parzelle 4713 im Halte von 8243 m² (Einschlag) mit Parzelle 3119 (Buechmatt) im Halte von 16'917 m².
2. Der Stadtrat genehmigt einen Bruttokredit von Fr. 2'910'000.00 zu Lasten Rubrik 5200.503.01 KST 10.5200.01. (Landwert plus anteilmässige Verschreibungskosten)
3. Die Finanzierung des Kaufs von Grundstück 3119 erfolgt durch Tausch des städtischen Grundstücks 4713.
4. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Landabtausch Stadt Burgdorf – Burgergemeinde.

7. Erweiterung der Schulanlage Pestalozzi; Ausführungskredit

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, orientiert, dass der SR vor 2½ Jahren in einer emotionalen Debatte den Nachkredit für das Schulhaus Lindenfeld gesprochen hat. Aus heutiger Sicht ist es eine gelungene Sache geworden. Bereits damals wurde kritisch auf die Erweiterung der Schulanlage Pestalozzi verwiesen. Der Kredit von rund 20 Mio. Franken liegt nun dem SR vor. Wer damals geglaubt hat, dass es beim Pestalozzi noch hitziger zu und her gehen wird, ist heute Abend wahrscheinlich enttäuscht. Hinter der jetzigen Vorlage liegt eine grosse Vorarbeit. In den letzten zwei Jahren wurde viel diskutiert, deshalb wird es heute Abend weniger zu diskutieren und kritisieren geben. Alle haben etwas gelernt dabei. Die Vorlage ist sehr gut vorbereitet worden. Die interessierten Parteien wurden an Ort und Stelle mit Führungen und Aufklärungsinformationen sensibilisiert. Der Runde Tisch hat parteiübergreifend die verschiedenen Alternativen gut geprüft und ausdiskutiert, sodass die gesamte Vorlage nicht nur gut ist, sondern auch auf politischer Basis abgestützt ist. Auf Details wird deshalb nicht mehr eingegangen. Die GPK ist einstimmig und eindeutig der Ansicht, dass es den Erweiterungsbau Pestalozzi braucht, auch wenn es um rund 20 Mio. Franken geht. Wenn die Kosten, der Nutzen und Sinn berücksichtigt werden, gibt es nur eine vernünftige Variante und zwar die Variante 2b mit Schulraumerweiterung sowie Dreifachturnhalle. Die GPK unterstützt und befürwortet einstimmig den Anträgen des GR und Runden Tisches zuzustimmen mit der Variante 2b. In diesem Sinn beantragt die GPK dem SR, den Anträgen 1 bis 6 mit der Variante 2b zuzustimmen.

Gemeinderätin Zäch Elisabeth informiert, dass wir bei Genehmigung des Kredits für die Erweiterung der Schulanlage Pestalozzi eine grosse Verantwortung auf uns nehmen. Die Stadt Burgdorf investiert rund 20 Mio. Franken für Schulraum und eine grosse Turnhalle. Die Erweiterung ist nötig, sinnvoll und wichtig für die Zukunft von Burgdorf. Das Geschäft wurde mit grösster Sorgfalt erarbeitet und alles immer und immer wieder hinterfragt. So muss es auch sein, denn es handelt sich dabei um die grösste Investition seit Jahrzehnten. Die Sorgfalt hat bereits beim jurierten Projekt angefangen, denn es sollte eine Anlage gebaut werden, welche passt, zur Schützermatt und zum alten Pestalozzi Sorge trägt sowie dem ganzen Komplex einen neuen starken Charakter gibt. Es wird insgesamt schöner. Und trotzdem handelt es sich um eine günstige Lösung mit einem guten Bau mit genialem Innenleben. Im Vergleich zu anderen in der Schweiz gebauten Anlagen in den letzten Jahren aber auch nicht allzu teuer. Das Projekt wurde fast über eineinhalb Legislaturperioden geplant. Dies hat sich jedoch gelohnt. Im GR, am Runden Tisch und in der Sportkommission hat man sich trotzdem die Frage gestellt, ob es nicht alternative Projekte gibt, welche vielleicht architektonisch nicht stimmen, aber dienlich und billiger sind. Zudem wurde hinterfragt, ob es diesen Schulraum überhaupt braucht, da die Schülerzahlen am abnehmen sind. Die Antwort auf diese Fragen kann in der Vorlage sowie den Grundlageakten nachgelesen werden. Deshalb wird nicht mehr weiter darauf eingegangen. Das Projekt ist nach Meinung des GR, des Runden Tisches und der Sportkommission richtig und es muss sein. Damit setzen wir den dreissigjährigen Nöten um Schul- und Turnraum ein Ende. Der Weg war lang und anstrengend, aber immer spannend und befriedigend. Es benötigte intensive Diskussionen und etliche Anliegen und Fragen mussten abgeklärt werden. Man hat sich im Interesse der Sache jedoch damit auseinandergesetzt und nach Lösungen gesucht. Dieser Prozess war sogleich ein Lehrstück in der Demokratie gewesen, denn so muss es gehen und so kommen wir gemeinsam weiter. Der Dank gilt allen, die sich am Runden Tisch engagiert haben und der Sportkommission, die eine aufwendige Bedürfniserklärung für Turnhallen gemacht hat. Solches Engagement ist nicht selbstverständlich, denn wir ha-

ben alle genug zu tun. Der Dank gilt aber auch der Verwaltung für ihre sorgfältige Arbeit, welche auch Überstunden gekostet hat. Ein spezieller Dank gilt den Herren Kummer Hansruedi, Steiner Ueli, Kräuchi Peter sowie Buser Christian. Ebenfalls dem GR gebührt ein Dank, vor allem Gemeinderat Grimm Markus als Bauchef. Das Projekt war nie gefährdet und ein Legislaturziel. Nun stehen wir vor dem Ziel. Die Verantwortung kann übernommen werden, denn die Fakten sprechen für sich. Seit vielen Jahren haben wir dank der umsichtigen Finanzpolitik von Frau Schütz Baumgartner Barbara gespart und Geld auf die Seite gelegt. Es ist jetzt Zeit, dass die Bevölkerung etwas für ihr Geld erhält. Was ist sinnvoller, als eine gute Infrastruktur für unsere Kinder und Jugendlichen und für die Vereine. Endlich genug Platz zum Lernen und Sport treiben und das notabene ohne Steuererhöhung. Es liegt nun am SR zu entscheiden.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass mit dieser Vorlage ein Geschäft mit einer finanziellen Tragweite behandelt wird, wie es seit Jahrzehnten in Burgdorf nicht vorgekommen ist. Die Infrastruktur beim Pestalozzi muss nun endlich den Anforderungen angepasst werden. Dies hätte eigentlich seit der Einführung des Schulmodells vor 10 Jahren gemacht werden müssen. Der grosse Umfang des Geschäftes wurde mit grossem Einsatz der involvierten Direktionen der Stadtverwaltung, den zuständigen Kommissionen und Schulleitungen sowie des Runden Tisches erarbeitet worden. Zudem wurden von der Schule mehrere Informationsveranstaltungen zur Information der Bevölkerung durchgeführt. Die FDP-Fraktion hat den Bedarf an geplantem Schulraum und Turnhalle früh anerkannt. Der Ergänzungsbau Pestalozzi ist unabhängig von der demographischen Entwicklung nötig. Die heutige Vorlage ist breit abgestützt und enthält alle Beiträge der politischen Parteien. Die FDP-Fraktion hat am Runden Tisch wesentliche Inputs geleistet. Die FDP-Fraktion hat im Februar 2006 einen Vorstoss eingereicht, welcher eine Ausarbeitung von zwei Varianten zum Schulhausbau Pestalozzi verlangt. Danach wurden verschiedene billige Varianten gerechnet, aber diese wurden den Ansprüchen nicht gerecht. Die Prüfung von alternativen Prüfungsvarianten wurde ebenfalls mittels Vorstoss verlangt. Man anerkennt, dass diese Prüfung eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt, da es umfangreiche Gespräche mit möglichen Investoren benötigt. Deshalb wird die heutige Vorlage nach konventioneller Art genehmigt, aber sollte sich eine andere Möglichkeit ergeben, soll diese angestrebt werden. Der Betrag von 20 Mio. Franken wird die Rechnung stark belasten. Die Abschreibep Praxis ist nicht fair, denn die 20 Mio. Franken müssen innerhalb von 10 Jahren abgeschrieben werden, aber das Schulhaus bauen wir für die nächsten 50 Jahre. Deshalb werden die anwesenden Grossräte gebeten, sich für dieses Anliegen während einer Grossratssession einzusetzen und einen Vorstoss zu lancieren. Bei der Mehrfachnutzung der Dreifachturnhalle muss diese bei Grossanlässen auf der Schützmatt ebenfalls eingesetzt werden können. Die FDP-Fraktion steht ohne Wenn und Aber hinter der Vorlage und unterstützt die Variante 2b einstimmig. Man hofft, dass dieses Projekt ohne weitere Verzögerungen umgesetzt werden kann. Damit hätte die Stadt Burgdorf eine uralte Pendeuz erledigt.

Stadtrat Jakob Beat-Ulrich, namens der EVP-Fraktion, erwähnt die Notwendigkeit eines simplen Runden Tisches. Die EVP-Fraktion ist froh darüber, dass die Fraktionen ein Konsens gefunden haben und unterstützen die Variante 2b einstimmig. Die Stadt Burgdorf wird dadurch eine attraktivere Schulstadt. Durch den Landabtausch mit der Burgergemeinde und den dadurch geplanten Wohnungsbau der Burgergemeinde, werden die Schülerzahlen des Brunnmattquartiers einer sicherlich nicht unwesentlichen Erhöhung im Bereich Schlossmatt und Pestalozzi nach sich ziehen. Mit der Erweiterung der Schulanlage Pestalozzi können endlich die Schulraumprobleme der Stadt Burgdorf längerfristig gelöst werden. Die Erweiterung gibt den Lehrkräften endlich die nötige Infrastruktur, welche einen zeitgemässen Unterricht zulässt. Die EVP-Fraktion hat sich am Runden Tisch engagiert für die Variante 2b eingesetzt und gleichzeitig für einen fortschrittlichen Energiestandard eingesetzt. Für die EVP-Fraktion muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass der Minergiestandard, sobald das neue Energiegesetz umgesetzt werden kann, erreicht oder noch besser unterschritten wird. Im Finanzplan 2008 -2010 sind entsprechende Mittel vorgesehen. Auf der Basis einer soliden städtischen Finanzlage ist diese Investition absolut verantwortbar. Die EVP-Fraktion ist erfreut, dass die bürgerliche Ratsseite dieses Projekt unterstützt. Man hofft allerdings, dass nicht bereits im Wahljahr 2008 eine weitere Steuersenkung verlangt wird. Die EVP-Fraktion wird sich jedenfalls dagegen wehren.

Stadträtin Mumenthaler Mirjam, namens der GFL-Fraktion, dankt für den ausführlichen Bericht und für die jeweilig detaillierte Dokumentation in der Phase des Runden Tisches. Die Baudirektion und Bildungsdirektion hat den Runden Tisch immer sehr detailliert informiert. Der SR kann heute auf ein vielseitiges, zukunftsgerichtetes und in den meisten Bereichen optimales Projekt entscheiden. Die Oberstufe im Pestalozzi könnte ab 2010 endlich über die längst benötigten Klassen- und Spezialräume verfügen, der Raum für eine Tagesschule sowie der geforderte Turnraum wären vorhanden. Dieses Projekt erscheint als äusserst positives Zeichen für die Stadt Burgdorf. Die Kinder und Jugendlichen müssen sich bewegen, um sich entwickeln zu können. Das Projekt „fliegendes Klassenzimmer“ aus

dem Wettbewerb im Jahr 2003 gefällt auch wegen dem Namen. Die Schüler und Schülerinnen werden sich in einer zukunftsgerichteten Schule die nötigen Fähigkeiten aneignen können. Auch architektonisch besticht das Projekt. Seit Beginn des Runden Tisches hat sich die GFL-Fraktion klar für den nötigen Schulraum bekennt und der Mangel an Turnraum erkannt. Es ist erfreulich, dass sich alle Parteien für die Variante 2b entschieden haben. Der Runde Tisch hat sich bewährt. Diese Investition wird die Stadtkasse in den nächsten Jahren belasten. Die GFL-Fraktion unterstützt das konventionelle Finanzierungsmodell, aber verschliesst sich nicht gegen alternative Finanzierungsformen. Leider kann die GFL-Fraktion auch bei diesem Projekt im Bereich Energiestandard nicht voll dahinter stehen. Es ist schade und enttäuscht, dass das Energielabel P momentan nicht erreicht werden kann. Man ist aber froh, dass für die baulichen Massnahmen die Voraussetzungen für den Minergiestandard gegeben sind. Zudem wird gefordert, dass die neue Heizung durch erneuerbare Energien, wenn möglich im Wärmeverbund mit den umliegenden Gebäuden, nicht auf die lange Bank geschoben wird. Die GFL-Fraktion unterstützt die Variante 2b und dankt der Bildungsdirektion, Baudirektion und dem GR für ihren Einsatz zugunsten der zukünftigen Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräften.

Stadtrat Baumann Walter, namens der SVP-Fraktion, dankt den Teilnehmern und Organisatoren des Runden Tisches. Von allen Seiten sind konstruktive Ideen aus verschiedener Optik eingebracht worden. Diese Ideen wurden eingehend diskutiert. Dadurch konnte eine sehr gute Lösung gefunden werden. Einzig bei der GFL-Fraktion ist ein Wehrmutstropfen vorhanden. Die SVP-Fraktion hat eine klare Linie und sind deshalb der Meinung, entweder alles oder nichts. Deshalb wird die Variante 2b unterstützt. Erfreulich ist, dass die Umsetzung ohne Steuererhöhung möglich ist. Es ist nachvollziehbar, dass das Sportangebot verbessert werden muss. Deshalb muss die Dreifachturnhalle realisiert werden. Wichtige Komponenten sind der Schulraum sowie die Lehrkräfte und das Umfeld des jeweiligen Schülers. An jedem dieser Komponenten muss gearbeitet werden, um den Schülern eine optimale Situation bieten zu können. Ein weiterer Grund ist, dass trotz Demographie die Möglichkeit besteht zu reagieren. Die Schüleranzahl soll bekanntlich in den nächsten Jahren steigen. Wenn die Schülerzahlen stagnieren, hat die Stadt Burgdorf komfortable Verhältnisse. Sollten die Schülerzahlen sinken, würde die Möglichkeit bestehen, ältere Schulräume zu eliminieren. Mit diesem Projekt wird „Figge und Mühle“ eröffnet. Es wird energetisch optimal gebaut, aber es wird kein Label geben. Es ist wichtig, dass auch auf die Wünsche der Lehrkräfte eingegangen wird. Die bestehende Heizung soll solange gebraucht werden bis sie kaputt ist. Erst danach soll auf eine zeitgemässe Heizung umgestellt werden. Die in der Vorlage von der Baudirektion gemachten Vorschläge sind besser und wichtiger. Das Raumprogramm ist unbestritten. Der Baudirektion ist es gelungen, gegenüber dem Wettbewerbsprojekt Verbesserungen einzubringen. Die Baudirektion hat mitgedacht, mitgearbeitet und vorwärts geschaut. Deshalb ist man überzeugt, dass der Kostenvoranschlag eingehalten wird. Man hofft, dass der Bezugstermin des Erweiterungsbaus im Jahr 2010/2011 eingehalten werden kann.

Stadtrat Haller Dieter, namens der SP-Fraktion, spricht von einem grossen Tag für die SP-Fraktion, wenn der SR heute Abend zur Variante 2b Ja sagt. Erstens weil das Pestalozzi seit Jahrzehnten ein Anliegen ist und zweitens, weil etliche Arbeitsstunden dahinter stecken. Die Volksschule ist ein wichtiger Faktor, dass unsere Gesellschaft funktioniert. Die Volksschule bildet Kinder und Jugendliche aus, damit diese später ihren Platz in der Gesellschaft und im Arbeitsleben finden. Für die SP-Fraktion ist es zentral, dass die Volksschule so gesteuert wird, dass die Schulkarriere allen Kindern mit 5 und 6 Jahren gleich offen steht. Am Anfang der Schullaufbahn müssen alle die gleichen Chancen haben. Die Volksschule muss ein Pfeiler der Gesellschaft bleiben. Die Schule ist mit viel Individualität der Kinder konfrontiert. Nebst dem normalen Unterricht, geht es um Unterricht in Halbklassen, um Logopädie, Fremdsprachen oder Projektunterricht für Schüler mit besonderen Begabungen. Zudem geht es um ein weiteres zentrales SP-Anliegen, nämlich um die Integration. Für diese Angebote schafft der Erweiterungsbau endlich normale Raumverhältnisse. Die Volksschule spielt zudem bei einem dritten Anliegen der SP-Fraktion eine wichtige Rolle, nämlich die Gleichstellung von Mann und Frau. Die Schule hat dafür den Pfeiler seit 1970 gebildet, nämlich dass die Frauen die gleichen Ausbildungsabschlüsse erreichen wie Männer. Die familienergänzende Betreuung muss nun ausgebaut werden. Auch dafür ist der Ergänzungsbau ein Juwel, weil die Voraussetzung für eine Tagesschule geschaffen wurde. Im Freizeitbereich bringt uns der Erweiterungsbau mit einer Dreifachturnhalle einen grossen Schritt weiter. Der Sport nimmt viele Anliegen der SP auf, wie zum Beispiel Persönlichkeitsentwicklung, Teamarbeit, Integration und Gesundheits- und Drogenprävention. Diese Investition lohnt sich. Der Steuerzahler erhält dafür einen mehrfachen Gegenwert. Die SP-Fraktion hat sich in den letzten Jahren intensiv für die Schule eingesetzt. Seit den letzten 6 Jahren ist das Geschehen rund um die Volksschule mit der Person von Zäch Elisabeth verknüpft. Es konnte eine Gesamtstrategie entwickelt werden, das Einkommensmodell wurde vorangetrieben, die familienergänzende Betreuung wurde ausgebaut sowie die Einführung der Schulsozialarbeit umgesetzt. Diese Ziele hat Zäch Elisabeth in einem langen politischen Prozess erreicht. Nachdem die Bürgerlichen einen gelben Flyer verteilt ha-

ben, hat Zäch Elisabeth einen Runden Tisch einberufen und zum Ziel geführt. Die SP-Fraktion dankt Zäch Elisabeth für ihr Engagement. Im weiteren dankt die SP-Fraktion den Herren Kummer Hansruedi und Steiner Ueli sowie deren Teams für die grossartige Arbeit.

Stadtrat Probst Andrea, namens der GFL-Fraktion, möchte nicht, dass der Eindruck entsteht, dass man am Energielabel hängt. Es geht darum, dass es um den CO₂-Ausstoss geht. Die Klimadiskussionen in den letzten 3 bis 6 Monaten beweisen, dass es notwendig ist. Es geht nicht um das Energielabel, sondern um die Verminderung des Schadstoffausstosses.

Stadtrat Kolb Martin, als Präsident der Volksschulkommission, bringt den Vergleich mit einem 42-km-Marathon. Wenn die Leidensgeschichte des Schulraumes betrachtet wird, sind wir nun bei Kilometer 39. Hinter uns liegt ein Leidensweg mit vielen Stolpersteinen. Auf der anderen Seite stehen wir kurz vor dem Ziel. Als Präsident der Volksschulkommission ist nun das Leuchten der Augen zu sehen sowie der Stolz, dass der Schulraum- und Turnhallenbedarf verwirklicht werden kann. Das Leuchten der Augen haben aber auch die Lehrerinnen und Lehrer, die Schulleitung und natürlich die Kinder. Das Leuchten der Augen soll der SR nun bei der Abstimmung begleiten. Wir sind kurz vor dem Ziel und waren noch nie soweit. Stadtrat Kolb Martin dankt bereits im Voraus für die Ja Stimmen.

Stadtrat Wyss Christoph, namens der SVP-Fraktion, hat noch einige Fragen. Es ist klar, dass ein Neubau energetisch optimiert sein soll. Es stellt sich aber die Frage über das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer kontrollierten Lüftung, da die Fenster ja geöffnet werden können und dies von den Lehrern auch bevorzugt wird. Was ist unter geeigneter, angemessener Verpflegungsmöglichkeiten in der Turnhalle zu verstehen? Wie will man auf das vermehrte Verkehrsaufkommen durch die Besetzung der Dreifachturnhalle (Wettkämpfe, ...) reagieren? Welche Lösungen betreffend Parkplatzproblematik, auch während der Bauphase, sind vorgesehen? Im weiteren macht Stadtrat Wyss Christoph darauf aufmerksam, dass zur Offertstellung die einheimischen Unternehmen eingeladen werden sollten. Mit Freude hat die SVP-Fraktion festgestellt, dass gemäss Seite 19 das Projekt ohne Steuererhöhung finanziert werden kann und, dass auch die anderen Investitionen wie zum Beispiel die Eishalle gemäss Investitionsplan mitberücksichtigt wurden. Ebenfalls ist man erfreut und unterstützt dies sehr, dass nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten gesucht wird.

Gemeinderat Grimm Markus teilt mit, dass bei der Verpflegungsmöglichkeiten ein Catering vorgesehen ist. Beim Verkehrsaufkommen bei grösseren Anlässen wird dies nach bewährtem Muster gehandhabt. Es stehen Parkplätze auf der Schützermatt, Schafroth, etc. zur Verfügung. Bei der Offertstellung ist zu erwähnen, dass eine öffentliche Submissionsverordnung besteht. Diese sieht Schwellenwerte vor und genau nach diesen handelt die Stadt Burgdorf. Die unterwürfigen Bemerkungen werden immer gemacht. Die einheimischen Firmen werden immer zur Offertstellung eingeladen. Je nach Schwellenwert kann der Auftrag vergeben werden.

Stadtratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph stellt fest, dass kein Antrag auf eine andere als die Variante 2b gestellt wird. Er lässt deshalb über den folgenden Antrag abstimmen:

Anträge

1. Der Stadtrat genehmigt für die Erweiterung der Schulanlage Pestalozzi die Variante 2b: Projektierung und Bau der 1. und 2. Etappe (Schulraumerweiterung durch Aufstockung der Sporthalle, Neubau Dreifachturnhalle).
2. Der Stadtrat genehmigt den Ausführungskredit der Variante 2b für Schulraum und Dreifachturnhalle von Fr. 19'800'000.--.
3. Der Stadtrat genehmigt nachträglich den ursprünglich vom Gemeinderat am 19.08.2002 bewilligten Kredit von Fr. 385'000.-- für den Architekturwettbewerb 2003, mit einem Abrechnungsbetrag von Fr. 328'638.95.
4. Der Gemeinderat wird ermächtigt, soweit erforderlich die finanziellen Mittel auf dem Bankkredit- oder Anleihensweg zu beschaffen und für teuerungsbedingte Mehrkosten Nachkredite zu bewilligen.
5. Der Gemeinderat wird zudem ermächtigt, andere Finanzierungsvarianten weiter zu prüfen (insbesondere PPP-Modelle) und im Falle einer Einigung mit einem interessierten Investor den ausgehandelten Vertragsentwurf dem Stadtrat zum Entscheid vorzulegen.
6. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Ausführungskredit zur Erweiterung der Schulanlage Pestalozzi.

Gemeinderätin Zäch Elisabeth ist erfreut und dankt für den super guten Entscheid. Das Verhältnis zwischen GR und SR ist nicht immer so unangespannt, aber wenn es um etwas Wichtiges für die Stadt Burgdorf geht, halten wir zusammen. Ein spezieller Dank gilt den Herren Steiner Ueli, Kummer Hansruedi, Kräuchi Ruedi und Buser Christian.

8. Dringliche Motion Christoph Grimm, GFL, betreffend Alcostop an der Solennität

Stadtrat Grimm Christoph orientiert, dass „Wein oder Schnaps ist egal, die Schweiz gehört zu den führenden Säufernationen der Welt. Jung und besoffen.“ so lautete eine Dokumentarsendung des Schweizer Fernsehens. Alkohol bleibt die Problemsubstanz bei den Jugendlichen. Jetzt ist Komasaufen angesagt. Solche oder ähnlich Titel sind fast täglich in den Schlagzeilen zu lesen. Warum es bei der Motion geht, liegt schriftlich vor. An der Solätte soll kein allgemeines Alkoholverbot erlassen werden. Es soll auch kein Schlag gegen die Wirte sein. Es geht auch nicht darum die Verwaltung anzuschwärzen und diese mit Arbeit zu belasten. Die Verwaltung braucht es, um ein Konzept zu erarbeiten. Stadtrat Grimm Christoph erläutert einige statistische Zahlen einer Studie zum Thema Alkohol. Diese Studie sagt, dass wirksame und effiziente Massnahmen existieren, aber diese werden zuwenig durchgesetzt. Der Jugendschutz soll in allen Kantonen besser durchgesetzt werden. Die Zahlen sind bedenklich und alarmierend. Das Bier ist bei den Knaben das am häufigste konsumierte alkoholische Getränk und bei den Mädchen sind es Alcopops und Bier. Viele Jugendliche können ohne weiteres alkoholische Getränke beziehen. Das Bier ist meistens billiger als die Süssgetränke. Ein weiteres Problem sind die liberalisierten Öffnungszeiten. In der Schweiz kann man praktisch rund um die Uhr Alkohol konsumieren. Die Stadt Bern stützt sich nicht nur auf die rechtliche Basis, sondern hat auch Vereinbarungen erarbeitet. In der Stadt Burgdorf muss ein Zeichen gesetzt und politisch klar Ja gesagt werden. Die Jugendlichen müssen geschützt werden. Die Solätte soll ein fröhliches Fest sein. Nach der Solätte dürfen keine Glasscherben herumliegen, obwohl ein Abkommen vorhanden ist. Es handelt sich nicht um die Oberstadt-Wirte. Mit Genugtuung hat Stadtrat Grimm Christoph erfahren, dass der Solätte-Ausschuss Massnahmen getroffen hat. Die Brüder-Schnell-Terrasse wird eine alkoholfreie Zone, Testkäufe sollen durchgeführt sowie das HGG-Gesetz strikter kontrolliert werden. Mit einem guten und mutigem Konzept soll für Burgdorf ein griffiges Instrument geschaffen werden, welches auch umgesetzt werden kann. Die Motion soll ein politisches Zeichen setzen zum Schutz der Jugend und der Solätte. Der SR soll Courage zeigen und die Motion überweisen.

Gemeinderätin Rechner Beatrix informiert, dass Abklärungen beim beco Berner Wirtschaft und dem Regierungsstatthalteramt ergeben haben, dass die Stadt Burgdorf mit den nachfolgenden Alkoholpräventionsmassnahmen alle, in ihrem Einflussbericht stehenden Vorkehrungen getroffen und wahrgenommen hat. Es wurde bestätigt, dass ein Verbot von Alcopops leider wegen mangelnder gesetzlicher Grundlagen nicht durchführbar ist. Das Präventionskonzept der Stadt Burgdorf für die Solennität setzt sich aus folgenden Punkten zusammen:

- Zusammenarbeit der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei auf Kontroll-, Präventions- und oder Interventionsbasis.
- Spezifische Überprüfung der Alkoholverkaufs- und Abgabestellen durch die Polizei.
- Vom GR bewilligte, zusätzliche und umfassendere Ordnungsdienst, d.h. mehr Patrouillen.
- Infoveranstaltung Jugendschutz vom 30. Mai 2007 in Zusammenarbeit mit der Berner Gesundheit für alle Interessierten des Projekts „die Gemeinden handeln“.
- Seit drei Jahren durchgeführtes Wirtesgespräch, organisiert vom Polizei-Sekretariat. Mitwirkende: Vertreter und Vertreterinnen des Regierungsstatthalteramts.
- Spezielle Jugendschutzaufgaben für Bewilligungsinhaber und Veranstalter von Events an der Solätte, welche von der Polizei kontrolliert und durchgesetzt werden.
- In den Auflagen an die verantwortlichen Personen von Festwirtschaftsbewilligungen wird ersucht, auf den Verkauf von Alcopops zu verzichten.
- Standbetreiber Schützenweg: vorgängige Verteilung eines Merkblatts mit Bestimmungen der Alkoholabgabe an Jugendliche und dem Aufruf, auf Alcopopsverkauf zu verzichten.
- Für die Wirte besteht die Pflicht zum Offenausschank sowie zur Verwendung von Pet-Flaschen oder Dosen, mit Ausnahme vom Wein. Die Sicherheitsdirektion wird auch die Wirte in einem Schreiben ersuchen, den Alcopopverkauf zu unterlassen.
- Anzeigen gegenüber fehlbaren Händlern und Verkäufern erfolgen, wenn der erforderliche Tatbestand erfüllt ist. Die Gerichtsbehörden legen das Strafmass fest.

Die Sicherheitsdirektion hat bereits mit dem Betreiber des in der Oberstadt am nächsten gelegenen Tankstellenshops ein Gespräch geführt und ihn auf seine Verantwortung aufmerksam gemacht. Gemäss seinen Angaben werden die Ausweise vor dem Alkoholverkauf kontrolliert und er hat organisiert,

dass ein grosser Teil des Alkohols, wo vom Hersteller her machbar, in Dosen oder Pet-Flaschen verkauft wird. Der GR beantragt dem SR, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Stadtrat Grimm Christoph wartet die Stellungnahmen der Parteien ab, bevor er der Umwandlung in ein Postulat zustimmt.

Stadträtin Hänzi Therese, namens der EVP-Fraktion, informiert, dass über dieses Thema diskutiert wurde. Eigentlich handelt es sich um ein Thema der EVP-Fraktion. Die EVP-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass etwas unternommen werden muss, vor allem, dass die Alcopops verboten werden. Für Jugendliche ist es einfach an Alcopops zu gelangen. Im Coop an der Kasse müssen die Ausweise zwingend kontrolliert werden. Der SR kann heute Abend ein Zeichen setzen. Der Alkohol ist ein Problem. Die Motion wird unterstützt.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass die Stossrichtung der Motion klar unterstützt wird. Es wird jedoch schwierig werden, die Motion in die Tat umzusetzen. Die Sicherheitsdirektion prüft die Gesuche eingehend und leitet diese anschliessend dem Regierungsstatthalteramt zur weiteren Beurteilung weiter. Um die Alcopops besser unter Kontrolle zu bringen, sind schärfere Kontrollen nötig. Es hat keinen Sinn, wenn die Sicherheitsdirektion oder die uniformierte Polizei die Kontrolle durchführt, da die Kontrolleure den Betreibern bekannt sind. Durch die Suchtpräventionsstelle der Kantonspolizei und der städtischen Jugendbeauftragten sollten die Testkäufe forciert und durchgeführt werden. Bei Übertretungen sollten die Fehlbaren angezeigt und mit einer Busse belegt werden. Zudem sollte der Standplatz verboten werden. Die SVP-Fraktion wünscht dem Motionär, dass in dieser Richtung auf kantonaler Ebene etwas unternommen wird und die Sicherheitsdirektion davon profitieren kann. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab, unterstützt aber das Postulat.

Stadträtin Rüfenacht Andrea, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass das Anliegen als Postulat grossmehrheitlich unterstützt wird. Es wurde bereits viel gesagt, was die Stadt Burgdorf als Präventionsmassnahmen alles unternimmt. Die Eltern müssen aber den Kindern ein Vorbild sein und halt an der Solatte bei einem Glas Wein bleiben. An dieser Stelle muss den Elternräte für ihr grossartiges Engagement gedankt werden. Die alkoholfreie Zone auf der Brüder-Schnell-Terrasse muss stärker durchgesetzt werden. Die Elternräte versuchen bereits seit Jahren in einem freiwilligen Angebot Mineralwasser zu verkaufen und zu einem Preis, welcher die Jugendlichen auch bezahlen können. Stadträtin Rüfenacht Andrea hat zwei Mal mitgeholfen und gesehen, dass es die Jugendlichen überzeugt. Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Gemeinderat Kummer Hugo hat geschäftlich mit den Veranstalter zu tun. Der Anblick von betrunkenen Jugendlichen ist zum Teil betrüblich. Das Problem kann nicht nur in Burgdorf gelöst werden, das Problem besteht überall auf der Welt. Die Stadt Burgdorf kann etwas unternehmen. Der Pro-Kopf-Verbrauch des Bieres ist stagnierend. Gemeinderat Kummer Hugo handelt mit den Getränken und beliefert die verschiedenen Feste. Es ist festzustellen, dass die Alcopops nicht mehr gefragt sind. Heute braucht es an den Festen hauptsächlich Bier und die Mischgetränke. Man muss sich fragen, wo die Prävention anfängt. Die Prävention muss Zuhause anfangen. Es ist ein ernsthaftes Problem. Das Anliegen soll als Postulat überwiesen werden.

Stadtrat Grimm Christoph möchte wissen, ob ein Konzept vorhanden ist.

Gemeinderätin Rechner Beatrix teilt mit, dass ein Konzept vorhanden ist.

Stadtrat Grimm Christoph ist der Meinung, wenn das Konzept vorhanden ist der SR die Motion überweisen und gleichzeitig abschreiben kann.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass so nicht mitgemacht wird, weil es rechtlich nicht zulässig ist. Die Betreiber haben eine Bewilligung des Kantons nach dem HGG. Deshalb kann man auf Gemeindeebene keine Verbote erlassen. Die Kontrollen müssen verschärft werden und wenn nötig, müssen die Fehlbaren angezeigt werden..

Stadtrat Grimm Christoph ist mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

Das Postulat wird mit 34 Ja und 1 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen.

9. Postulat der Fraktion der Grünen Freien Liste Burgdorf betreffend Anwendung des neuen kantonalen Gesetzes über Handel und Gewerbe (HGG)

Stadträtin Mumenthaler Regina teilt mit, dass die GFL-Fraktion zu diesem Thema im Jahr 2002 bereits eine Interpellation eingereicht hatte. Zudem wurde der Runde Tisch zum Thema Alkoholprävention ins Leben gerufen. Es handelt sich um ein ähnliche Stossrichtung wie beim vorgängigen Vorstoss. Es geht um Jugendschutz und Alkohol, aber man möchte konkreter wissen was läuft. Das neue Gesetz ist seit dem 1. Januar 2007 in Kraft und hat klare Vorgaben. Diese Vorgaben fehlten vorher und bieten einen gewissen Freiraum. Man möchte wissen, was unter anderem im Bereich Strafmassnahmen passiert. An der Solätte wurde auf der Brüder-Schnell-Terrasse Alkohol an Jugendliche verkauft. Wie ist das Vorgehen mit Fehlbaren? Man spricht oft von Prävention oder Überzeugungsarbeit gegenüber den Wirten und Händlern, aber trotzdem gibt es sogenannte schwarze Schafe. Diesen müsste man besser auf die Finger schauen. Es ist nun interessant zu hören, was gemacht wurde oder gemacht wird. Gemeinderätin Rechner Beatrix hat vorhin die verschiedenen zukünftigen Aufgaben der Einheitspolizei erwähnt. Man geht davon aus, dass die Alkoholprävention eine B-Aufgabe ist.

Gemeinderätin Rechner Beatrix orientiert, dass nach unserem Verständnis der Vorstoss zur Hauptsache die gesetzlichen Vorgaben betreffend Jugendschutz beim Alkoholverkauf thematisiert und stützt sich dabei auf die neuen, seit 1. Januar 2007 in Kraft gesetzten Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über Handel und Gewerbe (HGG). Das neue HGG beinhaltet jedoch bezüglich der Abgabe bzw. des Verkaufs von alkoholischen Getränken an Jugendliche keine revidierten Bestimmungen, sondern neuerdings lediglich ein Verbot für die Abgabe und den Verkauf von Tabak an Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren. In diesem Sinne bestehen gestützt auf das HGG auch keine griffigere und neuere Instrumente bezüglich Jugendschutz im Zusammenhang mit Alkoholismus. Die entsprechenden seit längerer Zeit geltenden Bestimmungen sind im Gastgewerbegesetz (GGG) festgehalten. Daher ist die Begründung dieses Postulats nicht korrekt. Dies ändert jedoch nichts an der bekannten Problematik. Um dieser entgegenzuwirken trifft die Stadt Burgdorf, zum Teil bereits seit Jahren, folgende Massnahmen:

- Zusammenarbeit der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei auf Kontroll-, Präventions- und oder Interventionsbasis.
- Periodisch Überprüfung der Alkoholverkaufsstellen durch die Polizei. Testkäufe dagegen sind aus rechtlicher Sicht äusserst problematisch, weil sich die Polizei nicht als „agent provocateur“ betätigen darf. Mit dieser Frage befassen sich daher oftmals Jugendorganisationen oder das Blaue Kreuz.
- Vom GR bewilligte, zusätzliche und umfassendere Ordnungsdienste, d.h. mehr Patrouillen für 2007, auch an Grossveranstaltungen wie die Solätte oder Kornhausmesse.
- 1. Infoveranstaltung Jugendschutz vom 30. Mai 2007 in Zusammenarbeit mit der Berner Gesundheit für alle Interessierten des Projekts „die Gemeinden handeln“.
- Seit drei Jahren durchgeführtes Wirtegespräch, organisiert vom Polizei-Sekretariat. Mitwirkende: Vertreter und Vertreterinnen des Regierungsstatthalteramts, der Stadtpolizei, des GR und des Polizei-Sekretariats.
- Engagement von zwei Arbeitsgruppen für die Schaffung zweier Jugendhorte und Erarbeitung eines Merkblatts zum Thema Jugendschutz für die Eltern.
- Zwei neu geschaffene Stellen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit.
- Diverse Angebote der ev.-ref. Kirchgemeinde wie Jugendarbeit, Jugendbus, Quartierarbeit, usw.
- Alternativangebote an Grossanlässen wie zum Beispiel alkoholfreie Bar, Konzerte, „dr fahrend Spiuplatz“.
- Spezielle Jugendschutzaufgaben für Bewilligungsinhaber und Veranstalter von Grossanlässen und Anlässen für Jugendliche, welche von der Polizei kontrolliert und durchgesetzt werden.
- Anzeigen gegenüber fehlbaren Händlern und Verkäufern erfolgen, wenn der erforderliche Tatbestand erfüllt ist. Die Gerichtsbehörden legen das Strafmass fest.

Da die Stadt Burgdorf in diesem Bereich sehr aktiv arbeitet, kann dem SR in zwei Jahren ein Bericht zum aktuellen Stand der Massnahmen betreffend Jugendschutz vorgelegt werden.

Stadtrat Aeschlimann Martin, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass das Thema Suchtprävention ein Kerngeschäft der Partei, aber man ist froh, dass der Vorstoss vorhin überwiesen worden ist. Das Postulat wird unterstützt. Man sollte alles unternehmen, um die Problematik zu entschärfen. Es ist eine Tatsache, dass in der Altersgruppe von 11 bis 15 Jahren das Rauschtrinken zugenommen hat. Die Auswirkungen sind verheerend, die Lernfähigkeit der Jugendlichen nimmt massiv ab. Die Jugendlichen sollten unterstützt werden.

Stadträtin Heimgartner Gaby, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass die Stossrichtung sehr gut ist und es sich um ein wichtiges Thema handelt. Das Postulat wird einstimmig unterstützt. Man ist gespannt auf den Bericht in zwei Jahren.

Das Postulat wird mit 35 Ja und 1 Nein Stimmen an den Gemeinderat überwiesen.

10. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse eingereicht:

- Interpellation der SP-Fraktion betreffend Umzug Aebi
- Motion SP-Fraktion betreffend Öffentlichkeitsprinzip der Beschlüsse des Gemeinderates

Stadtratspräsident Dr. Zurbrügg Christoph teilt mit, dass im Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist. Zudem verweist er auf die abgegebenen Unterlagen für die nächste Sitzung. An der nächsten Stadtratssitzung wird der Geschäftsbericht sowie die Stellungnahme und Abschreibungsanträge der Vorstösse behandelt. Der beigelegte Leitfaden gehört zum Vorstoss Nr. 10. Zudem wurde ein korrigiertes Inhaltsverzeichnis zum Geschäftsbericht abgegeben.

Stadträtin Mumenthaler Regina informiert, dass die Grundlageakten des SR wegen Umbaumaassnahmen zurzeit nur während der Arbeitszeit eingesehen werden können. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es war schon vorher fast unmöglich, die Grundlageakten auf dem Polizeiposten am Samstagmorgen zu begutachten. Die Verwaltung muss eine bessere Lösung finden. Die Grundlageakten müssen rund um die Uhr eingesehen werden können. Für berufstätige Mitglieder des SR ist es fast nicht möglich, die Grundlageakten einzusehen.

Schluss der Sitzung: 21.45 Uhr

NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll

Burgdorf, 1. Juni 2007 / hbr

Dr. Christoph Zurbrügg

Brigitte Henzi